

aus dem Inhalt

- ◆ JP-Kommission in Trier
- ◆ Erklärung zur Krimkrise
- ◆ Internationale Fachkonferenz „Süsse Früchte – gut für alle?“
- ◆ „Defending Human Dignity and Human Rights“ in Den Haag
- ◆ Internationaler Workshop Burundi
- ◆ Reise des Vorsitzenden nach Afghanistan
- ◆ JP Europa zur Jugendarbeitslosigkeit

„Unser Glaube an die Auferstehung bewährt sich durch unsere „Mitaufstehung“....Das Grab sind wir. In uns soll die Auferstehung stattfinden.“

(aus „Geduld mit Gott“, Tomáš Hálik, Freiburg 2010)

Die Mitarbeiter aus der JP-Geschäftsstelle wünschen ein frohes und gesegnetes Fest der Auferstehung.

JP-Kommission in Trier: Arbeitsperiode 2009 – 2014 ausgewertet Bischof Filippi aus Uganda zu Gast

Zur Frühjahrssitzung war die JP Kommission am 21./22. März nach Trier eingeladen. Auf der Grundlage eines ausführlichen Berichtes diskutierte die Kommission ihre Arbeit in den zurückliegenden 5 Jahren.

In die Beratungen zu den Sachbereichen Menschenrechte, Entwicklung und Frieden führten jeweils die Moderatoren, die Professoren Bielefeldt, Hoppe und Wallacher ein.

Im Gespräch mit Bischof Giuseppe Filippi, dem Vorsitzenden der ugandischen JP Schwesterkommission bewertete Hubert Tintelott die Aktivitäten zur Menschenwürdigen Arbeit und Informellen Wirtschaft in ihrer Bedeutung für Uganda und die Umsetzung der ILO Länderstrategie Decent Work.

Die Arbeitsgruppe Gerechter Friede hatte „Friedensethische Überlegungen zur Weiterentwicklung der Schutzverantwortung der internationalen Gemeinschaft“ vorgelegt, die der zukünftigen Kommission als Grundlage zur Weiterarbeit empfohlen wurden.

Die internationale Ausrichtung der JP-Arbeit ist stärker geworden, Bedarf und Möglichkeiten wurden diskutiert und empfohlen, auch zukünftig die internationale Kooperation zu vertiefen.

Erklärung zur Krimkrise

Nach Beratungen der Kommission zur Lage in der Ukraine hat der Vorsitzende Bischof Ackermann am 27.03. in einer Erklärung „Recht schafft Sicherheit – Sicherheit fördert den Frieden, Solidarität mit den demokratischen Kräften in der Ukraine“ das Vorgehen der Russischen Föderation gegen die Ukraine verurteilt. Bei dem völkerrechtswidrigen Anschluss der Krim gehe es um die Grundlagen der europäischen und internationalen Sicherheit. Die durch das russische Vorgehen geschaffene instabile Situation drohe weiter zu eskalieren und in einem Blutbad zu enden. Dies gelte es zu verhindern. Ackermann unterstützt die aktuellen Bemühungen der Bundesregierung insbesondere auch hinsichtlich möglicher starker Sanktionen.

Diese klare Haltung gegenüber dem Vorgehen der Russischen Föderation müsse allerdings einhergehen mit einer selbstkritischen Befassung mit den Fehlern der europäischen Politik. Denn es gelte nicht zuletzt der Versuchung zu einer undifferenzierten Wahrnehmung des Gegenübers zu wehren.

Mit Sorge verfolgt Bischof Ackermann die inneren Entwicklungen in der Ukraine. Die beachtlichen Leistungen der Majdan-Protteste würden unter dem Druck der Gewalt und der erlebten retraumatisierenden Demütigung zunehmend in Frustration und politischen Extremismus umschlagen. Es sei eine Frage der Solidarität und der politischen Klugheit, der Ukraine in dieser Phase entschieden beizustehen.



Tintelott (li) mit Bischof Filippi (Mitte), rechts Prof. Dr. Krause

Internationale Fachkonferenz „Süße Früchte - gut für alle?“

Verantwortliche aus Bundestag und EU-Kommission, aus kirchlicher und staatlicher Entwicklungszusammenarbeit, Vertreter von Handelsunternehmen - von REWE bis GEPA - und Verbraucherzentralen diskutierten am 16. Januar 2014 in Berlin mit internationalen Partnern von Justitia et Pax die Perspektiven einer ländlichen Entwicklung durch Selbstorganisation, Wertschöpfungsketten und sozialen Standards mit Gästen aus internationalen Partnerorganisationen.

Kardinal Rodriguez Maradiaga, Präsident von Caritas Internationalis, wies auf die weltweite Caritas-Kampagne zur Überwindung des Hungers hin, die das inklusive Recht auf Nahrung durchsetzen wolle. Die Ausbeutung von Arbeitsmigranten und Landarbeiter/innen etwa durch Niedriglöhne und oft gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen sei ein Skandal. Das Recht auf menschenwürdige Arbeit müsse dem Gewinnstreben der Unternehmen Grenzen setzen. Sein Gesprächspartner Prof. DDr. Johannes Wallacher forderte, dass sozial-ethische Kriterien für alle Akteure am Markt, Handel, Unternehmen, Produzenten und Verbraucher gelten müssten, damit es einen nachhaltigen Nutzen für alle gebe.

Dem Staat komme eine wichtige Rolle in der Umsetzung menschenrechtlicher Standards zu. In der Diskussion zwischen Vertretern von EU-Kommission, der REWE-Gruppe, einer internationalen Gewerkschaftin und einer Vertreterin der Handelskammer Philippinen über Chancen und Grenzen von Gütesiegeln und freiwilligen Standards zeigte sich durchaus ein Interesse der Unternehmensvertreter/innen an verlässlichen rechtlichen Rahmenbedingungen, eine Voraussetzung für ihre Investitionen.

In der Schlussrunde diskutierten Bärbel Höhn MdB, Kardinal Rodriguez und andere die Konsequenzen für Agrar- und Entwicklungspolitik.

.....mit Folgewirkungen

Die internationalen Gäste aus Sambia, Uganda, Südafrika und den Philippinen nahmen an den Folgetagen am Global Forum Food and Agriculture des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft teil und besuchten die Internationale Grüne Woche. Die Gäste nutzten den Aufenthalt in Deutschland und im Schengener Raum für vielfältige Vernetzung, u.a. mit der Europäischen Kommission, dem Bauernverband und der Internationalen christlichen Landvolkbewegung. Auch zwischen Caritas und REWE bahnt sich eine Kooperation an zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse in Bananenplantagen Costa Ricas.

....und Unternehmensdialogen im Vorfeld

In Vorbereitung auf die Internationale Fachkonferenz hatten die Mitglieder der Task Force Tropenfrüchte an verschiedenen Dialogforen und Konferenzen teilgenommen, darunter am Sozialen Forum der REWE- Group am 7. November 2013. Während die Unternehmensvertreter sehr an der Meinung der zivilgesellschaftlichen Organisationen interessiert waren, gab es seitens Regierung/Politik und Gewerkschaften keine Teilnahme. Zudem organisierte die Task Force weitere vertrauensbildende Gespräche, z.B. am 28. November 2013 mit dem Vorstand von Nestlé Deutschland in Frankfurt und am 9. Dezember 2013 ein weiteres Gespräch mit der Firma Seeberger, einem führenden Anbieter von Lebensmitteln mit tropischen verarbeiteten Früchten und Mitglied im Unternehmerforum von Misereor.

Internationale Konferenz „Defending Human Dignity and Human Rights: A Challenge for International Cooperation“ in Den Haag

Die Arbeitsgruppe Menschenwürde und Menschenrechte hatte in Kooperation mit JP Niederlande und JCTR Sambia vom 5. - 8. Februar 2014 Teilnehmende aus 11 Ländern Afrikas und Europas eingeladen, die durchweg eindrucksvolle Einblicke in ihre engagierte und zielsichere Arbeit für den Schutz der Menschenrechte eröffneten. Nicht nur in afrikanischen Ländern, auch innerhalb Europas, wird die Kirche von



Prof. Wallacher (li) mit
Kardinal Rodriguez (re) und
Moderatorin Bruns

vielen Engagierten als eine Institution wahrgenommen, die wesentlich zur Verbesserung der Lebenssituation von Marginalisierten und Unterdrückten beiträgt. In einer besser strukturierten und proaktiveren Vernetzungstätigkeit zugunsten verletzter Menschenwürde sahen die Teilnehmer/-innen dennoch eine zentrale Herausforderung für die Kirche. Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd erfordert in dieser Perspektive, auch dies wurde in den Diskussionen immer wieder herausgestellt, eine klare Sicht auf die je unterschiedlichen Möglichkeiten von Kirche und Zivilgesellschaft im jeweiligen Raum auf politische Veränderungen hinzuwirken.

So wie Veränderungen in der politischen Kultur Europas – etwa im Hinblick auf Migranten und Flüchtlinge – nur durch Veränderungen innerhalb europäischer Gesellschaften erfolgreich sein werden, kann gesellschaftliche Versöhnung in afrikanischen Ländern ebenfalls nur durch Veränderungen von innen heraus fruchtbar gelingen.

Gleichwohl können solche Prozesse durch gezielte internationale Kooperationen flankiert und unterstützt werden. Eine Abschlusserklärung „From Dialogue to Action“ fasst diese Erkenntnisse zusammen und soll zur Förderung des internationalen Dialogs weiter eingesetzt werden.



Justenhoven und Getrude Chimange beim Workshop

Jahrestagung der Sachausschüsse Mission- Entwicklung – Frieden

Die diesjährige Jahrestagung vom 13. bis 15. Februar 2014 in Würzburg stand unter dem Titel „Die Erarbeitung einer Post-2015-Agenda: Herausforderungen für die weltkirchliche Arbeit in den Diözesen“. Neben dem Austausch der ca. 28 Teilnehmenden aus 14 Diözesen und dem Landeskomitee der Katholiken in Bayern lag der inhaltliche Schwerpunkt auf der so genannten „Post 2015-Agenda“. In verschiedenen Beiträgen wurden zunächst die unterschiedlichen Perspektiven der internationalen Diskussion dargestellt und hernach auf die Beteiligungsmöglichkeiten von Diözesen in diesem Prozess fokussiert.

Gespräch mit afrikanischen Menschenrechtsaktivisten im Kath. Büro Berlin

Auf Einladung des Auswärtigen Amtes und auf Bitten des Lesben- und Schwulenverbandes Deutschland fand am 26. November 2013 ein Treffen mit Menschenrechtsaktivisten für Homo-, Bi- und Intersexuelle sowie Transgender verschiedener Länder Subsahara Afrikas in Berlin statt. Die Menschenrechtsverteidiger berichteten in bewegenden Zeugnissen von Gewalt- und Ausgrenzungserfahrungen in ihrer Heimat. Leider tragen Repräsentanten der Kirche in Afrika nicht selten direkt oder indirekt zur Verschärfung von Gewalt und Ausgrenzung bei. Gleichwohl wurde auch von guten Erfahrungen mit einzelnen Bischöfen und anderen Amtsträgern berichtet. Die Menschenrechtsverteidiger baten darum, besonders jene Repräsentanten der Kirche zu unterstützen, die sich gegen Diskriminierung und Gewalt aussprechen, oft gegen enorme Widerstände der Gesellschaft. Zugleich baten sie darum, wenn irgend möglich, von Seiten deutscher Akteure die afrikanischen Kirchenvertreter auf die Rolle hinzuweisen, die ihnen für Gewaltminimierung zukommen müsste.

Gesprächskreis Gewerkschaften und Justitia et Pax

Der Besuch des Sekretärs der ugandischen Kommission Justitia et Pax, Dr. Emmanuel Kiiza in Deutschland wurde genutzt, um auf der nächsten Sitzung des Gesprächskreises am 26. März 2014 das Thema Menschenwürdige Arbeit in informeller Wirtschaft und die Zusammenarbeit mit Uganda zu bearbeiten. Auch sollen die Bemühungen um die Bekämpfung der prekären Arbeitsverhältnisse in der Fleischindustrie von Gewerkschaften und kirchlichen Einrichtungen verstärkt werden.

Die Orientierungshilfe „Menschenwürdiges Einkommen in der globalisierten Welt“ wurde von Kolping International beim ECOSOC, dem Wirtschafts- und Sozialrat der UN, eingereicht und dort als Beitrag der Zivilgesellschaft angenommen.



Br. Peter Reinl OSA erklärt das Konzept der Augustinerkirche in Würzburg

Sachverständigengruppe Weltwirtschaft und Sozialethik (SVG)

Die SVG traf sich zu einem Hearing zu haushaltsnahen Dienstleistungen in der globalen Ökonomie am 3. Dezember 2013. Dies ist der Auftakt zu einer neuen Studie, die vom Oswald von Nell Breuning Institut federführend verfasst und zum Ende des Jahres vorgelegt werden soll.

Internationaler Workshop Burundi

Vom 11. – 16. November 2013 führte die Deutsche Kommission Justitia et Pax gemeinsam mit der AGEH und der Burundischen Kommission Justitia et Pax einen internationalen Workshop zum Umgang mit gewaltbelasteter Vergangenheit durch. Am Beispiel der Erfahrungen mit dem blutigen Konflikt in Burundi und seinen Folgen sind die 40 Teilnehmenden aus verschiedenen Ländern Afrikas, Lateinamerikas und Europas in den Austausch darüber getreten, welche Möglichkeiten es gibt, zu Versöhnungsprozessen beizutragen. Im Laufe der Tage trafen die Teilnehmenden sowohl Opfer, ehemalige Kombattanten, zivilgesellschaftliche Akteure als auch Vertreter der Regierung und der Opposition. Der Workshop half der Ortskirche, die aktuellen Herausforderungen beim Umgang mit der gewaltbelasteten Vergangenheit genauer zu bestimmen und weitere Handlungsperspektiven zu entwickeln. Mit dem Workshop hat die katholische Kirche Burundis eindrucksvoll Zeugnis von ihrem Bemühen um Heilung der individuellen und gesellschaftlichen Verletzungen abgelegt. Der Gesamtbericht kann im Berliner JP-Büro angefordert werden.

Reise des Vorsitzenden nach Afghanistan

Vom 18.-21. Dezember 2013 reiste der Vorsitzende auf Einladung des Militärbischofs nach Kabul und Mazar-e-Sharif. Des Weiteren nahmen der für die Seelsorge der Bundespolizei zuständige Weihbischof Bischof, Generalleutnant Schelzig, Prof. Justenhoven sowie Dr. Lüer u.a. an der Reise teil. Die Reise diente dazu, einen Eindruck von der aktuellen Lage in Afghanistan sowie im Besonderen von den Herausforderungen zu gewinnen, die sich den deutschen Streitkräften stellen. Neben den militärischen Gesprächspartnern wurden Gespräche mit Vertretern der afghanischen Zivilgesellschaft, der Caritas, der Polizei, Entwicklungshelfern sowie muslimischen Geistlichen geführt.

Das Gesamtbild, das sich aus den verschiedenen Perspektiven ergibt, ist das einer weiterhin fragilen und in großen Teilen unübersichtlichen Lage. Die positiven Entwicklungspotentiale sind bedroht von den Schwerkraften des langjährigen Gewaltgeschehens und dessen Folgen. Wie sich die Verhältnisse nach dem Ende von ISAF entwickeln werden, ist offen.

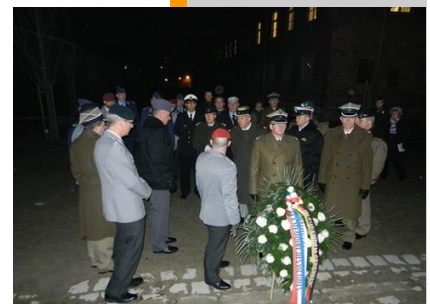
Training zur Katholischen Friedenslehre

Am 28./29. März fand im Rahmen des AGEH Kursprogramms 2014 das gemeinsam von der AGEH und JP veranstaltete Training zur Katholischen Friedenslehre „Kirche und Konflikt. Teil des Problems oder Teil der Lösung?“ statt. Das Training soll dazu beitragen, die praktischen Potentiale der Friedenslehre besser zu nutzen. Es wird im Oktober 2014 wiederholt werden.

Aus der Maximilian Kolbe Stiftung:

II. Internationaler Workshop mit Generalstabsoffizieren

Vom 26. November bis 01. Dezember 2013 fand der gemeinsam von der Maximilian-Kolbe-Stiftung und dem Zentrum ethische Bildung in den Streitkräften durchgeführte II. Internationale Workshop für Generalstabsoffiziere zum Umgang mit gewaltbelasteter Vergangenheit in Oswiecim/Auschwitz statt. An dem Workshop nahmen Offiziere aus Polen, Deutschland und Frankreich statt. Der Workshop ist ein Beitrag zur Entwicklung einer gemeinsamen europäischen gewaltkritischen Streitkräftekultur.



*Kranzniederlegung an der
Erschießungsanlage
Auschwitz*

Zentralafrikanische Religionsführer in Deutschland, Gespräch mit Erzbischof Nzapalainga, Bangui

Die drei höchsten Vertreter der Religionsgemeinschaften in der Zentralafrikanischen Republik (ZAR) waren vom 30. März. bis 03. April auf Einladung der Deutschen Bischofskonferenz auf einer Friedensmission in Deutschland. Erzbischof Dieudonné Nzapalainga, katholischer Erzbischof von Bangui und Vorsitzender der Zentralafrikanischen Bischofskonferenz, Imam Omar Kobine Layama, Präsident des Islamischen Rates in der Zentralafrikanischen Republik, und Pastor Nicolas Guérékoyame-Gbangou, Präsident der Evangelischen Allianz in der Zentralafrikanischen Republik, warben in Gesprächen mit dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Gerd Müller, und der Bundesministerin der Verteidigung, Dr. Ursula von der Leyen, sowie anderen politischen und kirchlichen Vertretern für ein stärkeres Engagement Deutschlands in ihrem Heimatland.

Die seit mehr als einem Jahr währenden Unruhen in der Zentralafrikanischen Republik haben zu einer humanitären Katastrophe geführt, so schilderte Erzbischof Nzapalainga die Situation in seinem Land. Die staatlichen Strukturen seien zusammengebrochen, es gebe weder eine handlungsfähige Armee und Polizei noch ein funktionierendes Justizsystem. Immer wieder komme es zu Gewaltausbrüchen, die bereits tausende Menschenleben gefordert hätten. „Dadurch, dass wir drei Religionsführer mit einer Stimme sprechen, wollen wir zeigen, dass sich die Religionen nicht auseinanderdividieren und für machtpolitische Zwecke vereinnahmen lassen“, so Imam Omar Kobine Layama.

An einem Treffen in Köln am 2. April mit weltkirchlichen Werken und Einrichtungen nahm auch der Justitia et Pax der ZAR Bischof Vanbuel teil, den Bischof Ackermann bereits im Sommer 2013 in einem Solidaritätsbrief adressiert hatte.

Am 29. Januar 2014 hatte Erzbischof Dieudonné Nzapalainga das DBK Sekretariat im Anschluss an eine Reise durch einige Länder Europas besucht.

Konzertierte Aktion 2014 zur Jugendarbeitslosigkeit in Europa

Mit der Konzertierte Aktion 2014 „Jugendarbeitslosigkeit „Eine Krise, die unsere Zukunft bedroht“ fordert Justitia et Pax europaweit mehr Aufmerksamkeit für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit im Europawahlkampf. In Deutschland wurde die Erklärung am 9.4. veröffentlicht, an Gesprächspartner in Bundesregierung und Parlament versandt sowie an die Europarlamentarier aus Deutschland.

Vom 14. bis 16. März 2014 trafen sich die Generalsekretäre der Europäischen Justitia et Pax Kommissionen in Brüssel. Am Ort des neu eingerichteten Ständigen Sekretariates begrüßte der Generalsekretär der COMECE Patrick Daly SJ die Teilnehmenden und informierte über die Schwerpunkte von deren Arbeit. Über die Herausforderungen im Vorfeld des EU – Afrika – Gipfels kam es zu einem Round Table mit Fernando Ponz vom Auswärtigen Dienst der EU, Bernd Nilles, dem Generalsekretär der CIDSE und anderen.

In Sorge um die in vielen Ländern Europas erstarkenden nationalen und nationalistischen Strömungen wurde dieses Phänomen als Thema für die Konzertierte Aktion 2015 avisiert.

Rüstungsexportbericht 2013 und Parlamentarisches Fachgespräch

Die GKKE Vorsitzenden Prälat Dr. Karl Jüsten und Prälat Dr. Martin Dutzmann haben mit Jan Grebe, dem Vorsitzenden der Fachgruppe Rüstungsexporte, den GKKE-Rüstungsexportbericht 2013 am 16. Dezember 2013 in Berlin mit der Forderung nach einer Kehrtwende in der Rüstungsexportpolitik veröffentlicht. Inhaltlicher Schwerpunkt dieses Berichtes sind die Gesetzlichen Regelungen der deutschen Rüstungsexportkontrolle.



Grebe (li), Jüsten und Dutzmann (re) in der Bundespressekonferenz

„Rüstungsexporte und parlamentarische Kontrolle: Welche Möglichkeiten bietet die Koalitionsvereinbarung?“, diese Frage beschäftigte das Parlamentarische Fachgespräch, das in Berlin am 03. April 2014 in Verbindung mit der Fachgruppensitzung stattfand. Acht Bundestagsabgeordnete waren der Einladung gefolgt: Arnold, Barthel, Bulmahn und Westphal aus der SPD-Fraktion, Brugger von Bündnis 90/Die Grünen und van Aken sowie Buchholz von der Linken. Sie diskutierten erste Schritte zur transparenteren und zeitnäheren Berichterstattung durch die Bundesregierung bzw. Beratungen einer AG dazu. Am 07. April haben die Regierungsfaktionen dazu ein Eckpunktepapier Rüstungsexporte veröffentlicht.



Grebe (Mitte), links Duttmann, rechts Jüsten und Bulmahn MdB

Parlamentarischer Abend der GKKE zur Finanztransaktionssteuer

Unter der Überschrift „Finanztransaktionssteuer – vor der Entscheidung“ hatte die GKKE gemeinsam mit der Kampagne „Steuer gegen Armut“ am 19. März 2014 in Berlin zu einem Parlamentarischen Abend eingeladen. Mit Impulsreferaten des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesfinanzministerium, Dr. Michael Meister MdB, und des Untergeneralsekretärs der Vereinten Nationen für innovative Finanzierungsinstrumente, Philippe Douste-Blazy (Paris/New York), wurde der Abend eingeleitet.

Deutlich wurde in der Aussprache, dass es Kompromisse geben müsse, um zu der notwendigen einstimmigen Position der beteiligten elf Staaten zu kommen, der sich möglicherweise noch zwei bis drei weitere Länder anschließen könnten. Die Kampagne „Steuer gegen Armut“ und die GKKE werden in jedem Fall weiterhin auf die Durchsetzung des Kommissionsvorschlags drängen, national wie international auch im europäischen Netzwerk. Diskutiert wurden von den Anwesenden abschließend auch verschiedene Optionen der möglichen Mittelverwendung für globale öffentliche Güter, beispielsweise durch die Unterstützung bestehender Fonds wie UNITAID oder des Klimafonds.

Nachruf Dr Irene Fernandez

Am 31. März 2014 starb unerwartet im Alter von 67 Jahren Dr. Irene Fernandez, Trägerin des Alternativen Nobelpreises und Gründerin der Menschenrechtsorganisation TENAGANITA in Malaysia. Dr Fernandez setzte sich für die Rechte von Wanderarbeiterinnen und Migranten in Malaysia ein, vor allem für Hausangestellte und Plantagenarbeiter. Sie prangerte die unmenschlichen Bedingungen für Migranten in den staatlichen Internierungslagern an und musste dafür Haftstrafen und Verhöre über sich ergehen lassen. Im Jahr 2012 war TENAGANITA Partnerorganisation für den Weltgebetsstag. Noch im September 2013 war Irene Fernandez Gast von Justitia et Pax bei der Tagung Grenzenlos. Migration in einer begrenzten Welt. Justitia et Pax kondolierte in einem Brief an TENAGANITA.



Dr. Fernandez (re) im Gespräch mit Dr. Hagemann am 02. Sept. 2013 in Berlin

Impressum

Deutsche Kommission Justitia et Pax
Kaiserstr. 161, 53113 Bonn
E-Mail: justitia-et-pax@dbk.de
Web: www.justitia-et-pax.de
Redaktion: Gertrud Casel

Deutsche Kommission Justitia et Pax - Einrichtung der Deutschen Bischofskonferenz und des Zentralkomitees der deutschen Katholiken zur Förderung von Entwicklung, Menschenrechten und Frieden

von links nach rechts:
Jüsten, Dr. Meister MdB,
Kuschnerus, Douste-Blazy

Stellungnahmen und Erklärungen im Wortlaut finden Sie auf unserer Website www.justitia-et-pax.de unter den Rubriken „aktuell“ oder „Presse“. Hefte der Schriftenreihe sind unter „Publikationen“ oder bei der Geschäftsstelle zu beziehen.